

INTERESSE

Wege zu einer egalitären Gesellschaft in Österreich

Vermögen ist in Österreich stark konzentriert – das zeigt eine neue Studie im Rahmen des Sozialberichtes 2024 des Sozialministeriums. Wie kann man der damit einhergehenden Ungleichheit begegnen? Die beiden Experten der Nationalbank Martin Schürz und Pirmin Fessler analysieren im Sozialbericht die neuesten Daten und schlagen eine Besteuerung von Bodenrenten, Erbschaften und Vermögen vor.

Originaltext von Daniel Situm (siehe Quelle)
bearbeitet von Eva Bauernfeind-Schimek

In Österreich gibt es über 300.000 Millionärshaushalte und ein paar Dutzend Milliardär:innen. Laut Schätzungen auf Basis des Household Finance and Consumption Survey (HFCS) der Österreichischen Nationalbank besitzen die reichsten 10 % weit über 50 % des gesamten Nettovermögens, die ärmsten 50 % besitzen hingegen nur 4,6 %. Die Gruppe, die sowohl bei den Vermögen als auch bei den Einkommen zur unteren Hälfte gehört und stark vom Sozialstaat abhängig ist, macht fast ein Drittel der Bevölkerung aus. Da diese Personen weniger an politischen Prozessen teilhaben, sprechen die Studienautoren von einem „unsichtbaren Dritteln“. Auch an der Spitze der Verteilung gibt es eine nahezu unsichtbare Gruppe, denn vermögende Haushalte lehnen meist eine Offenlegung ihrer Vermögenswerte ab. Eine Erfassung und Zuordnung der Kapitaleinkommen sowie ein Vermögensregister wären jedoch eine notwendige Basis für eine sachliche Auseinandersetzung.

Reichtum befeuert gesellschaftliche Schieflagen

Die Studie geht auch auf die besonderen Zusammenhänge zwischen Ver-

mögen und Macht ein. Privateigentum bedeutet Kontrolle und die Möglichkeit andere auszuschließen. Während Armut laut den Autoren eben nur diejenigen betrifft, die arm sind, wirkt

durch Zersiedelung und Bodenversiegelung. Land und Boden sind begrenzte Ressourcen und sowohl aus ökologischer als auch sozialer Sicht von zentraler Bedeutung. Die

Zersiedelung und der damit verbundene Mangel an kompakteren Wohnformen treiben oft die Mietpreise in die Höhe; Subventionen, die dem Umweltschutz dienen sollten, haben häufig einen fragwürdigen Effekt: Während viele Familien zur Miete in Wohnungen leben, fließen Umweltförderungen an kleinere Haushalte (häufig Personen, die nicht mehr mit ihren Kindern zusammenleben) in Einfamilienhäusern.

Darüber hinaus wird das Geld der Allgemeinheit zum Infrastrukturausbau genutzt – die öffentlich finanzierte Errichtung einer Straße kann den Wert einer Immobilie erhöhen, von der steigenden Bodenrente profitieren allerdings die Eigentümer:innen.



sich „übermäßiger“ Reichtum auch auf andere aus. Das umfasst den Ausschluss von Bodennutzung, Beeinträchtigungen der Demokratie durch ungleiche Machtverteilung (z.B. Einfluss auf politische Entscheidungen und Medien) oder eine Verzerrung des Wettbewerbs durch Konzentration von Vermögen. Die Benachteiligung weiter Teile der Gesellschaft durch das Eigentum anderer sind vielfältig. Beispiele sind ungenutzte Autos in Städten, die öffentlichen Raum einnehmen, sowie Umweltprobleme

Finanzierung gesellschaftlicher Herausforderungen

Die Autoren der Studie kommen zu dem Schluss, dass neben anderen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Krisen nicht nur die soziale Ungleichheit,

Wege zu einer egalitären Gesellschaft in Österreich

Fortsetzung von Seite 1

sondern auch der Klimawandel eine immense Herausforderung darstellt. Die Umstellung auf eine klimafreundlichere Wirtschaft ist mit erheblichen Kosten verbunden. Zur Zielerreichung müsse das Steuersystem so reformiert werden, dass es stärker auf das Prinzip der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit abgestimmt ist und gleichzeitig einen ressourcenschonenden Umgang insbesondere mit Grund und Boden fördert. Die Befragung im Rahmen der HFCS zeigt, dass sich die Menschen über Einkommens- und Vermögensgruppen hinweg am ehesten eine Besteuerung von Vermögen (45,1 %) und umweltschädigendem Verhalten (33,9 %) wünschen. Steuern auf Konsum (2,7 %) und Arbeit (1,6 %) – auf die das österreichische Steuersystem vor allem setzt – wurden weitestgehend abgelehnt. Auf Basis dieser Erkenntnisse schlagen die beiden Autoren insgesamt drei Maßnahmen zur Besteuerung von Vermögen vor: Besteuerung der Bodenrente, eine Erbschaftssteuer und eine Steuer auf das Nettovermögen. Diese Steuern würden sich in ihren Funktionen und Zielen ergänzen und sollten nicht unabhängig voneinander eingeführt werden.

Besteuerung der Bodenrente

Eine Besteuerung der Bodenrente ist in der Ökonomie kein neues Thema. In Österreich gibt es schon seit langer Zeit eine Grundsteuer, ihr Aufkommen ist allerdings gering und betrug 2021 insgesamt 760 Mio. Euro. Das geringe Steueraufkommen ist die Folge der Bewertung der Grundstücke mit Einheitswerten, die weit weg vom tatsächlichen Marktwert der Grundstücke liegen. Die Bewertung von Grundstücken ist komplex, was auch historisch ein Grund dafür war, warum häufig auf Steuern beim Erwerb von Immobilien ausgewichen wurde. In der heutigen Zeit wäre eine solche Bewertung jedoch sinnvoll administrier- und umsetzbar. Die Bodenrentenbesteu-

erung zielt auf eine gerechte Verteilung von Wertsteigerungen des Vermögensbestands ab, die durch öffentliche Investitionen und somit aus Mitteln der Allgemeinheit entstehen. Das Steueraufkommen durch eine Bodenrentenbesteuerung könnte wiederum in Infrastruktur investiert werden (z.B. in den Ausbau des öffentlichen Verkehrs), wodurch Grundstücke in weiterer Folge aufgewertet werden und die Allgemeinheit gleichzeitig etwas zurückbekommt. Die Besteuerung der Bodenrente könnte spekulativen Landkäufen entgegenwirken, die in vielen Städten zu einer Verknappung und Versteuerung des Wohnraums führen, und könnte somit für eine nachhaltigere Landnutzung sorgen. Ein großer Vorteil einer Bodenwertbesteuerung ist, dass sie nicht umgangen werden kann. Folglich sind sinkende Grundstückspreise zu erwarten, was bedeutet, dass Haushalte weniger Mittel zum Erwerb von Grundstücken benötigen bzw. fallende Mieten zu erwarten sind. Die Bewertung der Grundstücke sollte in regelmäßigen Abständen erfolgen.

Erbschaftssteuer

Die Autoren schildern, dass in früheren Generationen akkumuliertes, vererbtes Vermögen relativ zu dem im eigenen Leben erarbeiteten Einkommen an Bedeutung zunimmt. Der Stellenwert von Erwerbsarbeit verliert somit an Bedeutung. Deswegen wird in der Studie zusätzlich zur Bodenrente eine Erbschaftssteuer vorgeschlagen. Eine Erbschaftssteuer stärkt die soziale Mobilität und Chancengleichheit und vermindert die Zunahme der Vermögenskonzentration. Um effektiv zu sein, sollte eine Erbschaftssteuer bereits ab einer Bagatellgrenze einsetzen und alle Vermögensbestandteile einbeziehen. Eine Steuerbefreiung für Betriebsvermögen sollte es aus Sicht der Autoren nicht geben, denn Ausnahmen würden Steuerschlupflöcher ermöglichen. Eine progressiv ausge-

staltete Steuer, die mit niedrigen Sätzen bei kleinen Erbschaften beginnt und mit hohen Steuersätzen bei großen Erbschaften endet, kann in Österreich ein Aufkommen von mehreren Milliarden Euro pro Jahr generieren.

Nettovermögenssteuer

Laut der Studie ist eine Steuer auf sehr hohe Nettovermögen entscheidend, um einer übermäßigen Konzentration von Vermögen und Macht entgegenzuwirken. Eine Steuer auf das Nettovermögen wäre jährlich zu entrichten und hat das gesamte persönliche Nettovermögen als Steuergrundlage. Laut Berechnungen der Ökonomen Saez und Zucman bringt eine Vermögenssteuer auf das reichste Prozent der Haushalte (je Prozentpunkt Steuersatz) circa ein Prozent der jährlichen Wirtschaftsleistung an Steueraufkommen. In der Studie wird herausgearbeitet, dass eine Vermögenssteuer substanzuell und progressiv ausgestaltet werden, einen hohen Freibetrag aufweisen, eine breite Bemessungsgrundlage haben und möglichst ohne Ausnahmen sein sollte. Dem Gegenargument der administrativen Kosten kann entgegengesetzt werden, dass die Kosten lediglich bei einem Bruchteil der Steuereinnahmen liegen würden. Zur Bewältigung von Vermögenskonzentration werden viele unterschiedliche Maßnahmen benötigt. Die Ergebnisse der beiden Autoren sind eine gute Grundlage, um den Diskurs betreffend Vermögensungleichheit und entgegenwirkenden Maßnahmen in Österreich voranzubringen.

Quelle: Daniel Situm, MSc, Referent Abteilung für Grundsatzfragen und Forschungsangelegenheiten im Sozialministerium.: Sozialbericht 2024: Privateigentum und Zugang zu Ressourcen: Wege zu einer egalitären Gesellschaft in Österreich. <https://www.awblog.at/Verteilung/Sozial-bericht-2024-Privateigentum-und-Zugang-zu-Ressourcen-W>